

Zeitschrift: Werk, Bauen + Wohnen
Herausgeber: Bund Schweizer Architekten
Band: 97 (2010)
Heft: 1-2: Wohnformen = Formes d'habitation = Housing Forms

Rubrik: bauen + rechten : Verschärfte Haftung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Verschärzte Haftung

Rechtliche Qualifikation der Erstellung eines Kostenvoranschlags – Praxisänderung

Das Bundesgericht hatte sich in einem Entscheid vom 15. März 2005 mit der Haftung einer Architektin für ihren Kostenvoranschlag auseinanderzusetzen. Das Urteil führte zu einer deutlichen Verschärfung der Haftung für Kostenvoranschläge. Danach sind die Architekten u. a. gehalten, auch ohne besondere Abmachung unaufgefordert eine sorgfältige Kostenberechnung auszuarbeiten, den Bauherrn über die zu erwartenden Kosten zu orientieren und die Kostenentwicklung laufend zu kontrollieren. Das führt dazu, dass sich die Architekten seither im eigenen Interesse gezwungen sehen, die Toleranzgrenzen der Kostenschätzungen zahlenmäßig präzis und als haftungsbeschränkenden Genauigkeitsgrad festzulegen, den Bauherrn über die Bedeutung und Tragweite der Bestimmung aufzuklären sowie allfällige Kostenüberschreitungen und Kostenfolgen von Projekt- und

Bestelländerungen sofort zu kommunizieren. In werk, bauen + wohnen 1–2|2007, S. 67, wurde das Urteil im Detail erörtert.

In einem neueren Entscheid hat sich das Bundesgericht nun mit der Frage befasst, welche gesetzlichen Bestimmungen auf die Erstellung eines Kostenvoranschlags und damit auch auf die Haftung für denselben anwendbar sind. In Präzisierung seiner bisherigen Praxis entschied das Bundesgericht, dass die Haftung eines Architekten, «der bei der Erstellung des Kostenvoranschlags bezüglich der Baukosten einen Rechnungsfehler begangen hat», nicht nach werkvertragsrechtlichen Kriterien, sondern in jedem Fall nach den Bestimmungen des Auftragsrechts beurteilt werden muss (BGE 134 III 361 361, Pra 2009, S. 52). Keine Rolle spielt demnach gemäss Bundesgericht, ob die Erstellung des Kostenvoranschlags im Rahmen eines Gesamtvertrages erfolgte oder für sich allein. Konkret hat die Zuordnung zum Auftragsrecht die folgenden Auswirkungen:

a) Die Notwendigkeit einer Mängelrüge entfällt. Während der Bauherr gemäss Werkvertragsrecht ein Werk sofort prüfen und allfällige Mängel rü-

gen muss, um seiner sogenannten Mängelrechte nicht verlustig zu gehen, entfällt diese Verpflichtung im Auftragsrecht; er verliert seine Rechte gegenüber dem Architekten also nicht, nur weil er dem Architekten Fehler im Kostenvoranschlag nicht sofort gemeldet hat.

b) Das für die Haftung vorausgesetzte Verschulden des Architekten wird grundsätzlich vermutet. Dem Architekten steht deshalb lediglich der Beweis offen, das Fehlen eines Verschuldens nachzuweisen (sogenannter Exkulpationsbeweis). Anders im Werkvertragsrecht, wo für die Gutheissung von Schadenersatzansprüchen ein Verschulden des Architekten nachgewiesen werden muss (368 Abs. 1 OR).

c) Schliesslich verjähren die Ansprüche des Bauherrn nach Art. 127 OR und damit erst nach 10 Jahren. Diese Konsequenz ergibt sich allerdings auch dann, wenn das Vertragsverhältnis auf der Grundlage der SIA-Ordnung 102 abgeschlossen worden ist (siehe Ziff. 1.11.1).

Die Haftung der Architekten für ihre Kostenvoranschläge wird mit dem zitierten Urteil somit weiter verschärft. Isabelle Vogt, vogt@luksundvogt.ch



www.stahlpromotion.ch

Die Schweizer Stahl- und Metallbaubranche baut mit Profilen aus 100 % Recyclingmaterial. Recyclingstahl wird mit 70 % weniger Energie hergestellt und verursacht 85 % weniger CO₂. Bauen mit Stahl ist leicht, flexibel und umweltfreundlich.

ÖKO STAHL
100 % Recycling